



# Teilzeit für alle

**EQUAL PAY DAY** Frauen verdienen weniger als Männer – auch weil sie viel öfter in Teilzeitjobs arbeiten. „Die Arbeit muss zwischen den Geschlechtern neu aufgeteilt werden“, fordert deshalb die Soziologin und WZB-Chefin Jutta Allmendinger. Auch SPD-Politikerin will 30-Stunden-Woche für Männer und Frauen

BERLIN taz | Knapp drei Monate länger müssten Frauen in Deutschland theoretisch arbeiten, um das Jahresgehalt von Männern zu erreichen. Am heutigen „Equal Pay Day“ fordern Bündnisse, Expertinnen und PolitikerInnen, die 23-Prozent-Lücke zu schließen.

„Mir ist es ein großes Anliegen, hier etwas zu ändern“, schreibt Frauenministerin Kristina Schröder (CDU) auf der Homepage des von ihr geförderten Aktionsbündnisses. Expertinnen und Opposition bezweifeln das: „Es existiert in Deutschland keine umfassende politische Strategie, die sich des Themas angenommen hätte“, kritisiert die Direktorin des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), Heide Pfarr, in einer Expertise. Auch Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), mahnt ein Gesamtkonzept an, das vor allem auf die Umverteilung der Erwerbs- und Hausarbeit zielt: „Wir steuern auf eine gigantische weibliche Altersarmut zu“, sagte Allmendinger.

„Die Arbeit muss zwischen den Geschlechtern neu aufgeteilt werden“, so die WZB-Chefin. „Wir müssen ernsthaft über große Teilzeit reden, für Frauen und Männer. Dass die Politik das nicht thematisiert, halte ich für fahrlässig.“ SPD-Frauenpolitikerin Caren Marks meint ebenfalls: „Wir müssen in der Zeitpolitik für Familien neue Wege gehen. Große Teilzeit mit 30 Stunden Wochenarbeit für Männer und Frauen ist ein richtiger Ansatz.“

Schröder verweist unter anderem auf einen Test, mit dem Firmen sich freiwillig auf Gehaltsdiskriminierungen testen können. Pfarr fordert aber, solche Tests ebenso verbindlich zu machen wie Gleichstellungsmaßnahmen in Unternehmen. Die IG Metall verlangt „wirksame rechtliche Grundlagen, die in Frankreich, Kanada und Schweden längst gängige Praxis sind.“ Verbindliche Gesetze fordern auch SPD, Linke und Grüne schon länger. Zuletzt hatte Exarbeitsminister Olaf Scholz vor der Bundestagswahl ein „Entgeltgleichheitsgesetz“ vorgelegt, das nicht mehr abgestimmt wurde. oes  
> Schwerpunkt SEITE 3



# Arbeit umverteilen

In Berlin gibt es heute in einigen Geschäften 23-Prozent-Rabatte für Frauen: Schließlich verdienen sie ja auch 23 Prozent weniger als Männer. Mit dem „Equal Pay Day“ wurde diese Zahl trotz ihrer komplexen Ursachen tatsächlich skandalisiert. Das wurde höchste Zeit.

Die 23 Prozent setzen sich zum Teil aus diskriminierenden Tarifverträgen und Chefs zusammen. Dagegen müsste die Politik längst per Gesetz vorgehen: Instrumente zum Gehalts- und Tarifvergleich werden im Moment vom Familienministerium wie ein Spielzeug angeboten. Sie müssen stattdessen verbindlich werden. Der Rest der Lohndifferenz aber besteht angeblich in „freiwilligen“ Entscheidungen der Frauen. Es ist der Mix aus Berufswahl, Berufsunterbrechung und Halbtagsjobs. Aber wie freiwillig sind diese Entscheidungen wirklich? Wo es keine Vorbilder gibt, bleibt die Berufswahl begrenzt. Wenn die Ganztagskita fehlt und die Mutter in einem schlecht bezahlten

„Frauenberuf“ steckt, steckt eben auch die Mutter zurück, wenn die Kinder kommen. Freiwillig?

Die meisten Frauen mit Teilzeitjobs würden gern mehr arbeiten, zeigen Studien immer wieder. Dazu passt gut, dass drei Viertel aller Männer ebenso gern weniger arbeiten möchten. Sie könnten dann durchaus ihren Anteil

---

*Die meisten Frauen würden  
gern mehr arbeiten,  
drei Viertel der Männer weniger*

an der Familienarbeit übernehmen. Niemand sollte auf einem 20-Stunden-Job dümpeln müssen. Aber warum nicht eine Weile 30 Stunden arbeiten, solange die Kinder um vier Uhr abgeholt werden müssen?

Leider reagiert die Politik nicht auf diesen verbreiteten Wunsch. Die Union etwa tut so, als sei das mütterliche Halbtagsmodell mit

überarbeitetem familienentfremdetem Vater völlig in Ordnung. Sie zementiert es mit dem Ehegattensplitting. Und die CSU legt sogar noch ein Betreuungstaschengeld obendrauf. Sie könnte gleich einen Antrag auf Grundsicherung im Alter dazulegen.

Eine solche Politik ist unverantwortlich. Frauen sind heute auch rechtlich nicht mehr über ihre Ehemänner abgesichert, sobald eine Scheidung ansteht. Sie müssen ihre eigene Rente verdienen. Und deshalb muss die Regierung auch dafür sorgen, dass sie arbeiten können. Und zwar angemessen viel. In guten Jobs. Ohne Lohndiskriminierung. Und das heißt nicht nur Mindestlöhne für typische Frauenbranchen, wie sie jetzt endlich in der Pflege kommen. Und auch nicht nur mehr Kinderbetreuung. Sondern auch, dafür zu sorgen, dass Menschen mit Familienverantwortung in Unternehmen aufsteigen können. Und das können sie nur, wenn die „große Teilzeit“ ein echtes Arbeitszeitmodell für alle wird.